



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 08/18 • 22.02.2018



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

Am letzten Donnerstag fand unter dem Vorsitz von Niedersachsen die 76. Europa-ministerkonferenz in Berlin statt.

Auf der Tagesordnung standen u.a. die Themen "Mehrjähriger Finanzrahmen nach 2020", "Soziales Europa", "EU-Außenhandelspolitik" sowie "Europapolitische Öffentlichkeitsarbeit".

Als Gast nahm u.a. der EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger teil. Der Zeitpunkt war gut gewählt: der Kommissar hatte am Vortag der Konferenz gemeinsam mit Kommissionspräsident Juncker verschiedene Optionen für einen neuen Haushaltsrahmen nach 2020 als Beitrag der Europäischen Kommission für die informelle Tagung der Staats- und Regierungschefs der EU am 23. Februar 2018 präsentiert. Von der Ausgestaltung des Haushaltsrahmens nach 2020 sind die deutschen Bundesländer stark betroffen.

Die Beschlüsse finden Sie hier [Link](#)

Mit besten Grüßen

Dr. Henrike Franz
Leiterin der Landesvertretung



Inhaltsverzeichnis

<u>Vorwort</u>	2
<u>Aus den Institutionen</u>	4
• Europäische Kommission – Personalia	
• Europäische Kommission – Einhaltung der EU-Verbraucherschutzregeln durch Social-Media-Unternehmen	
• Europäische Kommission – Prüfung der Mehrwertsteuer-Rückerstattungen in den Mitgliedstaaten	
<u>Aus den Fachbereichen</u>	7
• Bürgerinitiative zur Willkommenskultur für Migranten registriert	
• Fußball - Europäische Kommission und UEFA stärken ihre Zusammenarbeit	
<u>Was, wann, wo</u>	9
• DCRN-Treffen mit Schwerpunkt Kohäsionspolitik	
• 17 EU-geförderte Filme stehen auf dem Programm der Berlinale	
• 90. Academy Awards in Hollywood - Sieben Filme mit EU-Förderung sind für Oscars nominiert	
<u>Ausschreibungen</u>	12
• EIB - EIBURS—Wissensprogramm (2x)	
• Fördermittel können beantragt werden - EU hilft Städten beim Umwelt- und Klimaschutz	
• Green Week Brussels – Aufruf für Veranstaltungen	
<u>Kontaktbörse</u>	14
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<u>Büro intern / Tipp</u>	15
• Tipp – AdR -Newsletter	
• GOEUROPE - Quizfragen	
<u>Ihr Kontakt zu uns</u>	18
<u>Impressum</u>	19



Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Kommission – Personalia

Die EU-Kommission hat am 21. Februar mehrere Personalentscheidungen zu ihrer Führungsebene getroffen. Neuer Generalsekretär der Kommission wird zum 1. März Martin Selmayr, derzeitiger Kabinettschef von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. Auch weitere wichtige Schlüsselpositionen wurden neu besetzt. Mit den Ernennungen steigt der Anteil an Frauen in der Position eines Generaldirektors und eines stellvertretenden Generaldirektors erheblich. Während er im November 2014 bei nur 11 Prozent lag, beträgt der Anteil an Frauen in diesen Top-Positionen jetzt 36 Prozent.

Die aktuellen Entscheidungen zur oberen Führungsebene betreffen strategische Schlüsselbereiche der Juncker-Kommission von Klimaschutz, Forschung und Bildung über Jugend und Kultur, soziale Angelegenheiten und Beschäftigung bis hin zu Änderungen im [Generalsekretariat der Kommission und dem Kabinett des Präsidenten](#)

- Martin Selmayr folgt auf Alexander Italianer. Martin Selmayr wird der 7. Generalsekretär der Europäischen Kommission und der erste Deutsche auf diesem Posten sein.

Die weiteren Ernennungen:

- Themis Christophidou (Zypern) wird neue Generaldirektorin der Generaldirektion Bildung, Jugend, Sport und Kultur
- Mariana Kotzeva (Bulgarien) wird neue Generaldirektorin von Eurostat
- Joost Korte (Niederlande) wird neuer Generaldirektor der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration
- Jean-Eric Paquet (Frankreich) wird neuer Generaldirektor der Generaldirektion Forschung und Innovation
- Mauro Petriccione (Italien) wird neuer Generaldirektor in der Generaldirektion Klimaschutz
- Viviane Hoffmann (Luxemburg) wird die neue stellvertretende Generaldirektorin der Generaldirektion Bildung, Jugend, Sport und Kultur
- Andriana Sukova (Bulgarien) wird neue stellvertretende Generaldirektorin der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration
- Signe Ratso (Estland) wird neue stellvertretende Generaldirektorin in der Generaldirektion Forschung und Innovation
- Céline Gauer (Frankreich) wird neue stellvertretende Generaldirektorin der Generaldirektion Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
- Koen Doens (Belgien) wird neuer stellvertretender Generaldirektor in der Generaldirektion Entwicklung und Zusammenarbeit

Im Anschluss an diese Entscheidungen schreibt die Europäische Kommission fünf Positionen eines stellvertretenden Generaldirektors aus (zwei in der Generaldirektion Handel und jeweils eine in der Generaldirektion Klimaschutz, der Generaldirektion Energie und Eurostat). Diese sollen so schnell wie möglich besetzt werden, spätestens bis April 2018.

- *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen: Pressemitteilung: Die Europäische Kommission verstärkt ihre Führungsebene, um 2018/2019 und darüber hinaus überzeugende Ergebnisse liefern zu können [Link](#)



Europäische Kommission – Einhaltung der EU-Verbraucherschutzregeln durch Social-Media-Unternehmen

Social-Media-Unternehmen halten die EU-Verbraucherschutzbestimmungen noch immer nicht vollständig ein. Das geht aus den am 15. Februar veröffentlichten Änderungen der Nutzungsbedingungen von Facebook, Twitter und Google+ hervor. Trotz Verbesserungen müssen sich die Unternehmen nach Ansicht der Kommission stärker bemühen, den Verbraucherschutzbestimmungen der EU nachzukommen.



Das betrifft beispielsweise die mangelnde Information der Nutzer über Entfernungen von Inhalten oder Vertragskündigungen. In anderen Bereichen müssen Verbraucher nun nicht mehr auf ihre Rechte verzichten, etwa auf die Möglichkeit, von einem Kauf im Internet zurückzutreten. Und europäische Nutzer von sozialen Medien werden die Möglichkeit haben, Beschwerden in Europa anstatt in Kalifornien einzureichen.

Im März des letzten Jahres forderten die Europäische Kommission und die Verbraucherschutzbehörden der Mitgliedstaaten die Social-Media-Unternehmen auf, die Verbraucherschutzbestimmungen der EU einzuhalten. Die Änderungen der Nutzungsbedingungen von Facebook, Twitter und Google+ zur Anpassung an die Verbraucherschutzbestimmungen der EU wurden nun veröffentlicht.

Wie die Kommission bereits im September 2017 in ihrer [Mitteilung über den Umgang mit illegalen Online-Inhalten](#) ausführte, erwartet sie, dass Onlineplattformen illegale Inhalte rasch und proaktiv ermitteln, entfernen und ihr erneutes Auftauchen verhindern. Die Kommission arbeitet derzeit an den Folgemaßnahmen zu dieser Mitteilung.

Die nationalen Verbraucherschutzbehörden und die Kommission werden die Umsetzung der versprochenen Änderungen überwachen und das von den Unternehmen bereitgestellte Melde- und Abhilfeverfahren aktiv nutzen. Sie werden sich dabei auf illegale kommerzielle Inhalte, mit denen Verbraucher zum Abschluss unerwünschter Abonnements verleitet werden sollen, und sonstige betrügerische Praktiken konzentrieren. Darüber hinaus können die Behörden Maßnahmen ergreifen und diese wenn nötig auch durchsetzen.

Die Kommission wird im April neu gestaltete Rahmenbedingungen für Verbraucher vorstellen. Mit dieser Reform sollen die bestehenden Rechtsvorschriften zum Verbraucherschutz modernisiert und ihre ordnungsgemäße Durchsetzung sichergestellt werden.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Pressemitteilung: Social-Media-Unternehmen müssen sich stärker bemühen, die EU-Verbraucherschutzbestimmungen voll einzuhalten [Link](#)

Tabelle mit den Änderungen der Geschäftsbedingungen [Link](#)



Europäische Kommission – Prüfung der Mehrwertsteuer-Rückerstattungen in den Mitgliedstaaten

Die Europäische Kommission hat am 15. Februar eine Konformitätsprüfung eingeleitet, um zu prüfen, ob die Mehrwertsteuererstattungen an Unternehmen in den EU-Mitgliedstaaten mit dem geltenden EU-Recht und der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs in Einklang stehen. Der fehlende Zugang zu einem einfachen und schnellen Verfahren zur Erstattung der Mehrwertsteuer kann erhebliche Auswirkungen auf die Cashflows und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen haben. Dies gilt insbesondere für die kleinsten Unternehmen, die es sich nicht leisten können, lange und beschwerliche Verfahren durchlaufen zu müssen, um die Mehrwertsteuer zu erhalten, die ihnen vom Staat geschuldet wird.

In den nächsten acht Monaten werden die Steuervorschriften in den einzelnen Mitgliedstaaten überprüft, um sicherzustellen, dass die Erstattungsverfahren es den Unternehmen ermöglichen, Mehrwertsteuerguthaben sowohl im eigenen Land als auch in anderen EU-Ländern schnell und einfach zurückzufordern. In der Studie wird beispielsweise untersucht, wie lange es dauert, bis die Verfahren in jedem Land abgeschlossen sind, und welche unnötigen Hürden im System bestehen, die finanzielle Risiken für die Unternehmen mit sich bringen können. Die Kommission könnte beschließen, bei Verstößen gegen die Vorschriften Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten. Diese Maßnahme ist Teil der [Bemühungen der Kommission um einen einheitlichen Mehrwertsteuerraum](#), in dem der Verwaltungsaufwand für die Unternehmen, insbesondere für Kleinunternehmen und KMU, drastisch reduziert wird. • *eag Quelle: PM KOM*



Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

Bürgerinitiative zur Willkommenskultur für Migranten registriert

Die Europäische Kommission hat am 14. Februar die Europäische Bürgerinitiative „We are a welcoming Europe, let us help!“ für zulässig erklärt. Die Bürgerinitiative fordert die EU-Kommission auf, „lokale Gruppen zu unterstützen, die Flüchtlingen helfen... Regierungen daran zu hindern, Freiwillige zu bestrafen... Opfer von Ausbeutung, Kriminalität und Menschenrechtsverletzungen zu schützen“. Mit der Registrierung der Initiative am 15. Februar 2018 haben die Organisatoren nun ein Jahr Zeit, Unterstützungserklärungen für ihren Vorschlag zu sammeln.

In der Bürgerinitiative heißt es: „Die Regierungen haben Schwierigkeiten, die Migration zu bewältigen. Die meisten von uns sind bereit, Menschen in Not zu helfen. Millionen haben bereits geholfen. Jetzt möchten wir gehört werden. Wir brauchen eine Willkommenskultur in Europa! Wir fordern die Europäische Kommission auf zu handeln.“

Der Beschluss der Kommission zur Registrierung der Bürgerinitiative bestätigt lediglich ihre rechtliche Zulässigkeit. Die Kommission hat ihren Inhalt zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht analysiert.

Sollte die Bürgerinitiative innerhalb eines Jahres eine Million Unterstützungsbekundungen aus mindestens sieben verschiedenen Mitgliedstaaten erhalten, muss die Kommission innerhalb von drei Monaten reagieren. Die Kommission kann selbst entscheiden, ob sie der Aufforderung nachkommen will oder nicht, sie muss ihre Entscheidung aber in jedem Fall begründen.

Die Europäische Bürgerinitiative wurde mit dem Vertrag von Lissabon eingeführt. Seit dem Inkrafttreten der Verordnung über die Europäische Bürgerinitiative im April 2012 haben die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, ein bestimmtes Thema auf die politische Tagesordnung der Kommission setzen zu lassen.

Ist eine Europäische Bürgerinitiative formal registriert, so können eine Million Bürger aus mindestens einem Viertel der EU-Mitgliedsstaaten die Europäische Kommission dazu auffordern, im Rahmen der Befugnisse der Kommission einen Rechtsakt vorzulegen.

• *eag Quelle: PM KOM*



Weitere Informationen:

Pressemitteilung: Europäische Bürgerinitiative: Kommission registriert die „We are a welcoming Europe, let us help!“ Initiative [Link](#)

Portal der Organisatoren [Link](#)

Europäische Bürgerinitiativen, für die derzeit Unterschriften gesammelt werden [Link](#)

Portal der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) [Link](#)

EBI-Verordnung [Link](#)



Fußball - Europäische Kommission und UEFA stärken ihre Zusammenarbeit

Die Europäische Kommission und die Europäische Fußball-Union (UEFA) haben am 21. Februar ihre Zusammenarbeit bis Ende 2020 verfestigt. In einer neuen Vereinbarung verpflichten sich beide Seiten zu einer engeren Zusammenarbeit bei Kampagnen gegen Rassismus, Gewalt, Doping und Spielabsprachen. Ferner ist ein Expertenaustausch zur sozialen Inklusion benachteiligter Bevölkerungsgruppen durch Sport geplant.

Frans Timmermans, Erster Vizepräsident, und Tibor Navracsics, EU-Kommissar für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, unterzeichneten mit dem Präsidenten der UEFA, Aleksander Čeferin, die neue Vereinbarung. Sie hebt insbesondere auch die Bedeutung der Zusammenarbeit im Zusammenhang mit der [UEFA EURO 2020](#) hervor, der Fußball-Europameisterschaft, die 2020 zum ersten Mal in zwölf verschiedenen Städten in ganz Europa stattfinden wird. Dieses Ereignis bietet die Möglichkeit, ein positives Bild von Europa und seinen gemeinsamen Werten zu vermitteln und dabei zugleich seine kulturelle Vielfalt zu feiern. Die Kommission und die UEFA sind sich darin einig, dass die EURO 2020 eine sozial verantwortungsbewusste und nachhaltige Veranstaltung sein sollte, die einen positiven Nachhall haben wird. Zugleich sind dabei auch Herausforderungen wie reibungsloses grenzüberschreitendes Reisen, Sicherheit und Gefahrenabwehr zu bewältigen. • *eag Quelle: PM KOM*



Weitere Informationen:

Pressemitteilung: Europäische Kommission und UEFA festigen Zusammenarbeit [Link](#)

Vereinbarung zur Zusammenarbeit [Link](#)

EU-Kommission zu Sport [Link](#)



Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

DCRN-Treffen mit Schwerpunkt Kohäsionspolitik

„Kohäsionspolitik nach 2020 und Demografie“ – so lautete das Thema des vergangenen Treffens des „Netzwerks demografischer Wandel europäischer Regionen“ (DCRN) am 22. Februar 2018 in Brüssel, das in der Vertretung der spanischen Region Extremadura abgehalten wurde.

Lewis Dijkstra, Referatsleiter Wirtschaftsanalyse in der Generaldirektion Regionalpolitik (GD Regio) der EU-Kommission, stellte den 7. Kohäsionsbericht vor, der eine Analyse des aktuellen Stands zum wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalten der EU liefert. Zwar hätten alle Regionen in dieser Beziehung zuletzt Erfolge verbuchen können, jedoch nicht alle im selben Tempo. Zahlreiche Regionen benötigten noch mehr Unterstützung bei der Bewältigung der Herausforderungen, so z.B. aufgrund des demografischen Wandels.

Thomas Wobben, Direktor für Legislativtätigkeiten im Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR), griff diese Erkenntnisse auf und äußerte sich aus Sicht des AdR, der hierzu bereits wichtige Stellungnahmen verabschiedet hat, so z.B. zur „Antwort der EU



auf die demografische Herausforderung“ und von Berichterstatter **Staatssekretär Dr. Michael Schneider** zur „Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2020“. Darüber hinaus warb Herr Wobben für die Kohäsionsallianz (#CohesionAlliance), unter der sich zahlreiche Partner und Institutionen versammeln, die der Ansicht sind, dass die Kohäsionspolitik der EU auch nach 2020 eine tragende Einrolle einnehmen muss.

Das Land Sachsen-Anhalt, welches zusammen mit der spanischen Region Kastilien & León den Vorsitz des DCRN bildet, weckte mit der Vorstellung des „**Kompetenzzentrums Soziale Innovation**“ großes Interesse unter den Teilnehmern. Vom Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration ins Leben gerufen, verfolgt das Kompetenzzentrum das Ziel, gesellschaftliche Probleme und Herausforderungen mittels Kreativität und Innovationsfreude zu lösen. Gefördert wird dies mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds 2014-2020 (ESF) durch das Land Sachsen-Anhalt. • *as / ak*

Weitere Informationen zum DCRN, zum Kompetenzzentrum Soziale Innovation und zur Kohäsionsallianz unter:

www.dcrn.eu

<https://soziale-innovation.sachsen-anhalt.de/>

<http://cor.europa.eu/de/takepart/Pages/cohesion-alliance.aspx>



17 EU-geförderte Filme stehen auf dem Programm der Berlinale

17 EU-geförderte Filme laufen im Programm der Berlinale, die am 15. Februar begann, einige davon im Wettbewerb und mit deutscher Beteiligung. Mariya Gabriel, EU-Kommissarin für digitale Wirtschaft und Gesellschaft hat am Montag auf dem European Film Forum zum Thema Motto „Connecting Europeans through Films“ eine Keynote gehalten. Europäischer Shootingstar aus Deutschland ist in diesem Jahr Franz Rogowski vom Thalia Theater in Hamburg und der Berliner Schaubühne.

Die Filme mit deutscher Beteiligung sind „3 Tage in Quiberon“ (DE/AT/FR) von Emily Atef, der MEDIA Entwicklungsförderung erhielt; „Transit“ (FR/DE) von Christian Petzold (Verleihförderung); „Figlia Mia“ (IT/DE/CH) von Laura Bispuri (Entwicklungsförderung)



und „Touch me not“ (RO/DE/CZ/BG/FR) von Adina Pintilie (Development Funding). „The heiresses“ (PY/DE/UY/NO/BR/FR) von Marcello Martinesi erhielt Unterstützung im Rahmen der Förderung für Internationale Koproduktions-Fonds.

10

Im Berlinale Special gibt es „Becoming Astrid“ (SE/DE/DK) von Pernille Fischer Christensen (Entwicklungs- und Verleihförderung), das Panorama zeigt den Dokumentarfilm „Game Girls“ (FR/DE) von Alina Skrzyszewska und „Lemonade“ (RO/CA/DE/SE) von Ionana Uricaru (beide Entwicklungsförderung).

Auch in den Generationen-Sektionen laufen „Cobain“ (NL/BE/DE) von Nanouk Leopold und „My Giraffe“ (NL/BE/DE) von Barbara Bredero, die von MEDIA beide in der Entwicklung unterstützt wurden. (siehe auch WS 07/18) • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Daily News vom 15.02.2018 [Link](#)

Alle Informationen zu Creative Europe MEDIA und der Berlinale [Link](#)



90. Academy Awards in Hollywood - Sieben Filme mit EU-Förderung sind für Oscars nominiert

Gleich sieben Filme, die mit Geld aus dem EU – Programm „Creative Europe MEDIA“ unterstützt wurden, sind für einen Oscar nominiert worden. Die Filme haben Geld aus dem EU -Budget erhalten, um entweder ihre Entwicklung oder ihren grenzüberschreitenden Verleih und Vertrieb in Europa zu fördern. Insgesamt gibt es



zehn Nominierungen für die MEDIA-Filme, denn das romantische Drama „Call me by your name“ von Luca Guadagnino, eine italienisch-französisch-US -amerikanisch-brasilianische Ko-Produktion, ist gleich in vier Kategorien nominiert: Bester Film, bestes adaptiertes Drehbuch, bester Filmsong und Hauptdarsteller Thimotée Chalamet als bester Schauspieler. Bewerber um den Titel „bester Kurz-Animationsfilm“ ist „Revolting Rhymes“ von Jakob Schuh und Jan Lachauer.

Die Oscars werden am 4. März in Hollywood vergeben.

• *eag Quelle: EU-Nachrichten 03/18*

Oskar-Nominierungen für MEDIA-Filme [Link](#)



Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

Gegenstand:	EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen — Das EIB-Institut bittet um Forschungsvorschläge für Zuschüsse aus dem EIBURS-Wissensprogramm Das EIB-Institut stellt mit seinem Wissensprogramm Forschungszuschüsse über verschiedene Kanäle bereit, darunter EIBURS , das Förderprogramm der EIB für Universitätsforschung „Die ökonomischen Auswirkungen einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“
Fundstelle: Abl.	C 60 vom 16. Februar 2018 http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:060:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	15. April 2018
Antragsunterlagen:	Vorschläge sind per E-Mail zu übermitteln an: Events.EIBinstitute@eib.org <i>Ausführlichere Informationen über das EIBURS-Auswahlverfahren sowie über das EIB-Institut finden Sie auf der Website</i> http://institute.eib.org/

12

Gegenstand:	EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen — Das EIB-Institut bittet um Forschungsvorschläge für Zuschüsse aus dem EIBURS-Wissensprogramm Das EIB-Institut stellt mit seinem Wissensprogramm Forschungszuschüsse über verschiedene Kanäle bereit, darunter EIBURS , das Förderprogramm der EIB für Universitätsforschung „Bessere Messung der indirekten Effekte von Investitionsprojekten: Spezifizierung und Kalibrierung von Methoden der ökonomischen Wirkungsanalyse, die eine größtmögliche Kompatibilität mit der Kosten-Nutzen-Analyse gewährleisten“
Fundstelle: Abl.	C 65 vom 21. Februar 2018 http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:065:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	15. April 2018
Antragsunterlagen:	Vorschläge sind per E-Mail zu übermitteln an: Events.EIBinstitute@eib.org <i>Ausführlichere Informationen über das EIBURS-Auswahlverfahren sowie über das EIB-Institut finden Sie auf der Website</i> http://institute.eib.org/



Fördermittel können beantragt werden - EU hilft Städten beim Umwelt- und Klimaschutz

Städte und Gemeinden in der EU können weitere Hilfen aus dem Gemeinschaftshaushalt bekommen, um bestimmte Aktionen für Umwelt- und Klimaschutz zu finanzieren. Bis zum 30. März können Mittel für „Urban Innovative Actions“ beantragt werden. Über diesen Aufruf stehen bis zu 100 Mio. Euro aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) bereit. Gefördert werden sollen kreative Projekte in den Bereichen Anpassung an den Klimawandel, Verbesserung der Luftqualität, klimafreundliche Gebäude und „Jobs und Fertigkeiten für die örtliche Wirtschaft“.

Die Fördermittelinitiative gebe „Städten die Mittel, die sie brauchen, um ihre guten Ideen zu bahnbrechenden Projekten zu entwickeln, die andere Städte in Europa inspirieren können“, sagte die für Regionalpolitik zuständige EU-Kommissarin Corina Crețu.

• eag Quelle: EU-Nachrichten 03/18



Zur Antrags-Website [Link](#)

Green Week Brussels – Aufruf für Veranstaltungen

Die Europäische Kommission ruft für die Nennung von Veranstaltungen, die im Rahmen der europäischen „Green Week“ zum Thema „Grüne Städte- Für eine grünere Zukunft“, durchgeführt werden, auf.

Die „Green Week“ in Brüssel findet vom 21. bis zum 25. Mi 2018 statt. Die korrespondierenden Veranstaltungen in den Städten können im Zeitraum vom 21. 4. bis zum 10.6. 2018 organisiert und [on the EU Green Week website](#) angemeldet werden.

Der Anmeldeschluss ist am 28. Februar 2018,

• eag Quelle: Rundmail der Kommission vom 16. Februar 2018



13

Auskunft erteilt:

Mathieu Hinceval at +32 (0)2 66 33 051

E-Mail: partners@eugreenweek.eu

Informationen finden sich auch auf Facebook [Link](#) und Twitter [Link](#)





Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche

Programm Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
AMIF-2017- AG-INTE-04 Spain	orland.cardona@gencat.cat carles.macian@gencat.cat	<p>Generalitat de Catalunya would like to participate in an AMIF project <u>Ensuring access to inclusive and non-segregated education</u></p> <p>Children with a migrant background achieve substantially lower scores than other children, which can clearly affect social cohesion at present, and in the future. We believe that there is a number of actions that can help close the gap in educational outcomes, among which after-school and extra-curricular activities, better linkage between parents and professionals, capacity building, training for representatives of the community, or active parental involvement in school facilities.</p> <p>We are looking for partners who would like to engage in the design of after-school activities that can help students with a migrant background improve their school performance.</p> <p>Potential partners: Local and Regional authorities and NGOs working in the field of education and after-school activities</p>



Büro intern / Tipp

[Zurück zur Übersicht](#)

Tipp – AdR -Newsletter



Der aktuelle Newsletter des Ausschusses der Regionen wurde am 16. Februar veröffentlicht. Der Newsletter enthält Neuigkeiten, Veranstaltungen, Stellungnahmen zu EU-Politiken, Veröffentlichungen u.a.m.

In dieser Ausgabe finden Sie u.a. Informationen zu folgenden Themen:

- Integrierte territoriale Investitionen – eine Herausforderung für die Kohäsionspolitik der EU nach 2020
- Förderung der Koexistenz mit konkurrierenden Arten im Rahmen der EU-Naturschutzrichtlinien
- Digitaler Binnenmarkt: Halbzeitüberprüfung
- Die Zukunft des COSME-Programms nach 2020: die regionale und lokale Perspektive
- Erasmus für lokale und regionale Mandatsträger
- Zukünftiger EU-Haushalt: Die Kohäsionspolitik zu untergraben, bedeutet die Zukunft Europas zu untergraben

15

Sachsen-Anhalt wird im Ausschuss der Regionen durch

- Dr. Michael Schneider, Staatssekretär, Bevollmächtigter des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund, und
- Als zweites Mitglied soll Tilman Tögel, Mitglied des Kreistages Stendal, Katrin Budde nachfolgen, die aufgrund ihres Bundestagsmandats aus dem AdR ausgeschieden ist.

Den Newsletter können Sie [hier](#) abonnieren und individuelle Informationen erhalten. • *eag*



GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.

In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt transnational“.



**Deutsches
Rotes
Kreuz**

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche:

1. Das Jahr 2018 ist ein besonderes Jahr für das EU-Mitglied Litauen. Was markiert es?
 - a. 20 jähriges Jubiläum der EU-Mitgliedschaft
 - b. 100 jähriges Jubiläum der Unabhängigkeit Litauens
 - c. 1000 jähriges Jubiläum der ersten Erwähnung Litauens

2. 1990 erklärte sich Litauen gemeinsam mit den zwei anderen baltischen Staaten als erste sowjetische Republik zu einem souveränen Staat. Welches Land erkannte als erstes Litauens wiederhergestellte Unabhängigkeit an?
 - a. USA
 - b. Norwegen
 - c. Island

3. Litauen liegt im europäischen Vergleich statistisch gesehen weit hinten beim Thema Bruttoverdienste und weit vorn beim Thema Internetgeschwindigkeit. In welchem Bereich sind die Litauer ebenfalls Spitzenreiter im europäischen Vergleich?
 - a. Kartoffelverbrauch
 - b. Storchpopulation
 - c. Scheidungsrate



Antworten:

1. b) 2018 ist das Jahr des 100 jährigen Jubiläums der Unabhängigkeit Litauens. Die Litauer widmen der Unabhängigkeit ihres Landes gleich zwei Feiertage im Jahr. Am 16. Februar wird die Unabhängigkeit Litauens, welche im Jahr 1918 erklärt wurde, gefeiert, und am 11. März deren Wiederherstellung im Jahre 1990. 2018 steht ganz in den Farben Gelb, Grün, Rot, den Farben der litauischen Flagge. Der 16. Februar hat eine enorme Bedeutung für die Identität der Litauer. Noch vor 30 Jahren war die litauische Sprache im Land unerwünscht und für den Besitz der litauischen Flagge drohte Verhaftung. Seit 2004 ist Litauen Mitglied der EU und im Jahre 1009 wurde Litauen als „Litua“ in den Quedlinburger Annalen wohl das erste Mal erwähnt. GOEUROPE! verbindet eine langjährige und erfolgreiche Partnerschaft mit Organisationen aus Litauen, in deren Rahmen schon viele junge Sachsen-AnhalterInnen Litauen bei internationalen Jugendbegegnungen oder Trainingskursen kennenlernen konnten. Bei Fragen zu diesen und weiteren Möglichkeiten für Auslandsaufenthalte wenden Sie sich gern an info@goeurope-lsa.de. Im Übrigen ist Litauen auch das einzige Land, in dem der Muttertag gesetzlicher Feiertag ist.
2. c) Island erkannte als erster Staat Litauen als unabhängige Republik an. Am 6. September 1991, drei Tage nach den USA, erkannte auch die Sowjetunion die Souveränität der baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland an. Alles begann am 50. Jahrestag des Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffspakts im August 1989, als rund zwei Millionen Litauer, Letten und Esten in einer 600 Kilometer langen Menschenkette von Vilnius über Riga nach Tallinn für die Unabhängigkeit ihrer Nationen demonstrierten. Am 11. März 1990 erklärte der neu gewählte Oberste Sowjet Litauen für unabhängig und setzte die Vorkriegsverfassung wieder in Kraft.
3. c) Die Scheidungsrate in Litauen war seit 1970 konstant hoch und lag im Jahre 2015 bei 3,2 Scheidungen pro 1000 Einwohner und war somit die höchste in der EU. Allerdings verzeichnete Litauen mit 7,6 Eheschließungen pro 1000 Einwohner auch hierbei den Höchststand unter den EU-Mitgliedstaaten (Quelle: Eurostat). Die traditionelle litauische Hochzeit war ein Fest für das ganze Dorf. Ehestifter waren damit beauftragt für den Sohn die geeignete Braut zu finden und die Mitgift auszuhandeln. Was viele vielleicht verwundern mag: Der Junggesellenabschied wird auch traditionell in Litauen als Entlassung in das Eheleben gefeiert. Der Storch ist übrigens ein Nationaltier Litauens. Bei Fragen zu Litauen und rund um die EU steht Ihnen das neue Europe Direct Informationszentrum Sachsen-Anhalt / Halle gern via info@europedirect-halle.de zur Verfügung.



Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt
bei der Europäischen Union
80, Boulevard Saint Michel
B – 1040 Brüssel
Belgien

E-Mail-Adresse

sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
Dr. Henrike Franz (HF)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	E-Mail
Carmen Johannsen (Jo)	Stellvertretende Leiterin, Presse u. ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...33	E-Mail
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	E-Mail
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	E-Mail
Andreas Schweitzer (AS)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU-Förderprogramme, Verkehr	...38	E-Mail
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	E-mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	E-Mail
NN	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	E-Mail
Valentin Heller (VH)	Praktikant	...22	E-Mail
Julia Shirley Alsleben (JSA)	Praktikantin	...22	E-Mail
Asli-Feyza Kursun (AFK)	Praktikantin	...22	E-Mail
Simon Wessels (SW)	Praktikant	...22	E-Mail

[Zurück zur Übersicht](#)



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

Impressum

Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der
Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin

Elke Andrea Große

Fotos

Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben
oder Quelle: Internet

Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

